

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

## AKTUELL

### Hoteliere warnen vor Schweiz als Enklave

Lenzerheide (AP) Die Schweiz darf aus Sicht der Hoteliere nicht zur Enklave in Europa werden. Der Tourismus als weltoffene Branche sei über die Entwicklung besorgt, teilte der Schweizer Hotelier-Verein am Dienstag in Lenzerheide mit. 1993 verzeichnete die Branche 1,2 % mehr Einnahmen als im Jahr zuvor. «Die Stellung eines Kleinstaates im heutigen Europa» war das Hauptthema der SHV-Delegiertenversammlung. Für die Schweiz stelle sich nach dem Ja Österreichs zum EU-Beitritt die Europafrage nicht grundsätzlich anders als vorher, sagte Bundesrat Flavio Cotti. Eine Neubeurteilung der Lage dränge sich allenfalls dann auf, wenn gegen Ende dieses Jahres sich auch in Finnland, Schweden und Norwegen ein Volks-Ja zur Europäischen Union (EU) ergeben werde.



Möglicherweise Neubeurteilung der Europa-Lage: Bundesrat Cotti gestern in der Lenzerheide.

(Bild: Keystone)

### Der Planungsstopp bleibt vorläufig in Kraft

Bern (AP) Der nach der Annahme der Alpen-Initiative verhängte Planungs- und Projektierungsstopp für Nationalstrassen im Alpengebiet bleibt vorläufig in Kraft. Das EVED will den Planungsstopp erst aufheben, wenn feststeht, dass kein Referendum gegen das vom Parlament verabschiedete Strassentransitgesetz ergriffen wird, wie ein EVED-Sprecher auf Anfrage sagte.

### Klestil redet Schweiz ins Europa-Gewissen

Zürich (AP) Österreichs Bundespräsident Klestil hat den Schweizern gestern in Zürich ins Europa-Gewissen geredet. Er zeigte sich überzeugt, dass die aktive Teilnahme an der Gestaltung des künftigen Europas sinnvoller ist, als dem Neuaufbau des Kontinents aus sicherer, aber letztlich einflussloser Distanz zuzuschauen. Die Europäische Union (EU) sei die Antwort auf die Erfahrung, dass alle bisherigen Versuche zur Einigung Europas mit Waffengewalt unternommen wurden und letztlich im Blut der Europäer erstickten, sagte er in einer Ansprache, die er auf Einladung des Schweiz. Instituts für Auslandsforschung an der Uni Zürich hielt.



Klestil gestern in Bern beim bundesrätlichen Gartenapéro zusammen mit Bundesrätin Dreifuss.

(Bild: Keystone)

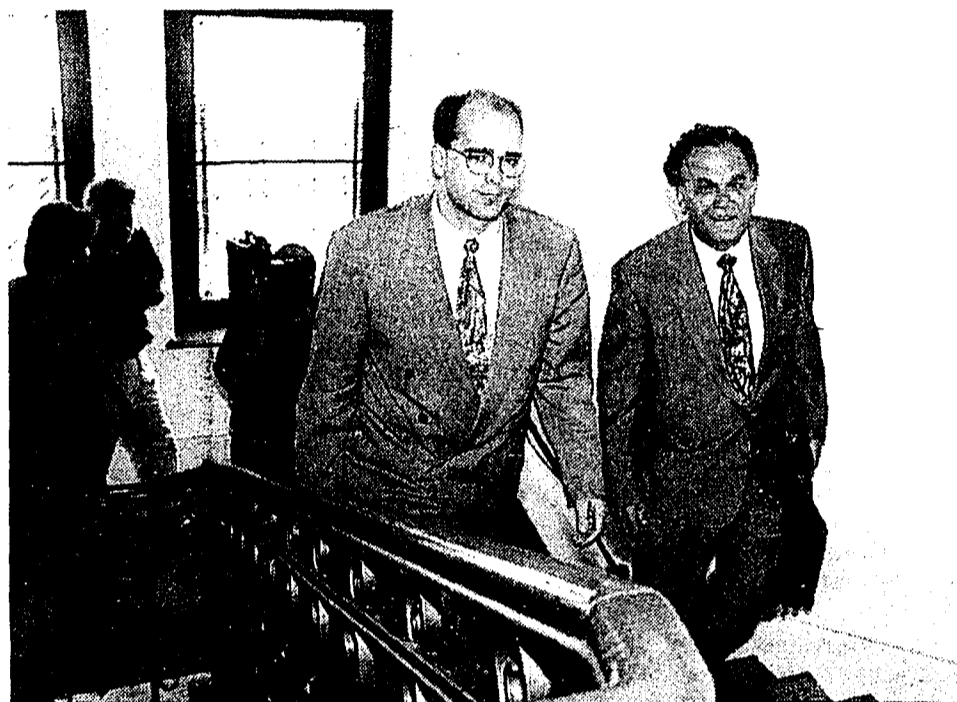
## Noch keine Einigung mit der Schweiz über Mehrwertsteuer

Erstes Gespräch zwischen Bundesrat Otto Stich und Regierungschef Dr. Mario Frick in Vaduz - Nächster Termin voraussichtlich August

(G.M.) - Das gestrige Treffen von Bundesrat Otto Stich und Regierungschef Dr. Mario Frick im Regierungsgebäude in Vaduz zur Beilegung der unterschiedlichen Auffassungen über die Einhebung der Mehrwertsteuer erbrachte keine Einigung. Sowohl Bundesrat Stich als auch Regierungschef Frick erklärten nach dem Treffen, dass weitere Gespräche geführt würden, voraussichtlich im August, ohne jedoch ein konkretes Datum zu nennen.

Nach dem rund zweistündigen Gespräch erklärte Bundesrat Otto Stich vor seiner Rückkehr nach Bern, dass die Probleme zwischen der Schweiz und Liechtenstein in einem offenen Gespräch diskutiert und die unterschiedlichen Standpunkte dargelegt worden seien. Nach den Vorstellungen der Schweiz soll die Verordnung zur Mehrwertsteuer auch das Territorium Liechtensteins miteinbeziehen, weil seit 1923 ein Zollvertrag zwischen den beiden Staaten besteht.

Die Regierung hat sich jedoch mehrfach klar für eine eigenständige Verwaltung und Kontrolle der Mehrwertsteuer ausgesprochen. In diesem Zusammenhang wurde jeweils die Eigenstaatlichkeit und die Autonomie Liechtensteins in Steuerfragen unterstrichen. Regierungschef Dr. Mario Frick betonte in einer kur-



Regierungschef Dr. Mario Frick (links) und Bundespräsident Otto Stich, Vorsteher des schweizerischen Finanzdepartements, auf dem Weg ins Gesprächszimmer im Regierungsgebäude.

zen Erklärung nach dem Treffen dieses Anliegens erneut und meinte auf eine entsprechende Frage, dass der Aufbau der entsprechenden Infrastruktur für eine «Abteilung Mehrwertsteuer» innerhalb

der Steuerverwaltung fortgesetzt werde. Nach der Überzeugung von Regierungschef Frick ist nach dem Gespräch mit Bundesrat Otto Stich auf beiden Seiten grösseres Verständnis für die gegensätzli-

chen Positionen vorhanden. Nachdem die Standpunkte ausgetauscht worden seien, habe man sich über eine Weiterführung der Gespräche verständigt. Beide Seiten, erklärte Regierungschef Frick weiter, würden nun in Klausur gehen, um die im Gespräch aufgetauchten neuen Aspekte zu überdenken.

Über den Inhalt des Gesprächs wollten beide Verhandlungspartner keine konkreten Angaben machen. In materieller Hinsicht erzielten Stich und Frick, wie aus den Äusserungen nach der ersten Verhandlungsrunde hervorgeht, keine Übereinstimmung. Regierungschef Frick erklärte auch, dass über materielle Dinge nicht in der Öffentlichkeit diskutiert werde. Bundesrat Otto Stich meinte währenddessen, die materielle Frage müsse staatsvertraglich gelöst werden. Offen blieb nach diesen Äusserungen, ob mit einer staatsvertraglichen Lösung eine entsprechende Änderung des Zollvertrages oder eine eigenständige Vereinbarung über die Mehrwertsteuer geplant ist. Bundesrat Stich wollte sich auch nicht konkret zur Frage äussern, ob in der Schweiz Bedenken wegen Umgehungsgeschäften durch Liechtenstein vorhanden seien, gab aber zu verstehen, dass diese Frage weiter diskutiert werden müsse, um derartige Bedenken abzubauen.

## Praktische Fragen über FL-Verwaltungsstruktur erörtert

Zum Abschluss des Arbeitsbesuches der Regierungsdelegation aus Andorra Empfang von S. D. Fürst Hans-Adam II. auf Schloss Vaduz

(S. e.) - Mit einem Besuch bei Fürst Hans-Adam II. ist am Montagabend der Besuch der Regierungsdelegation aus Andorra zu Ende gegangen. Die Delegation unter der Leitung von Regierungschef Oscar Ribas Reig traf am Vormittag mit Regierungschef Dr. Mario Frick und Regierungsrätin Dr. Andrea Willi zu Einzelgesprächen zusammen. Im Mittelpunkt des Arbeitsgesprächs, an dem auch der Leiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Roland Marxer teilgenommen hat, stand ein Informationsaustausch über die Arbeitsweise und die Struktur der liechtensteinischen Verwaltung im sowohl Innenbereich wie auch bei den Aussenvertretungen.

Die Delegation aus Andorra zeigte, wie Regierungschef Dr. Mario Frick auf Anfrage gegenüber unserer Zeitung erklärte, vor allem Interesse an Informationen, welche die Strukturen und Arbeitsweise der liechtensteinischen Verwaltung betrafen. Ferner wollten die Gäste wissen, wie Liechtenstein seine Interessen bei den internationalen Organisationen wie UNO, Europarat und KSZE



Regierungschef Oscar Ribas Reig wurde zum Abschluss des eintägigen inoffiziellen Arbeitsbesuches auch von Fürst Hans-Adam II. auf Schloss Vaduz empfangen.

(Bild: Brigitte Risch)

wahrnimmt und welche Strategien unser kleines Land bei der Aufnahme der Aussenbeziehungen verfolgt hat.

Andorra gilt als eine der ältesten Republiken in Europa, erhielt aber erst im Mai 1993 eine moderne Verfassung, welche dem Staat auch in allen Belangen die volle Souveränität sichert und das seit 1278 bestehende Feudalsystem (Frankreichs Staatspräsident und der Bischof von Urgel in Spanien teilen sich die Staatsgewalt) weitgehendst ablöst.

Nach Auskunft von Botschafter Roland Marxer wurden zwischen den beiden Staaten keine Vereinbarungen getroffen. Man habe Andorra aber Unterlagen betreffend dem Aufbau der Verwaltungsstrukturen zur Verfügung gestellt. Neben Verwaltungsfragen wurde im Verlauf der Gespräche über die Möglichkeit diskutiert, wie die sogenannten Microstaaten auf internationaler Ebene zusammenarbeiten können, ohne dabei völkerrechtlich ihre Selbständigkeit in Frage zu stellen.

Als weiterer Themenschwerpunkt wurden die verschiedenen Aspekte der Ausländerproblematik in beiden Ländern angesprochen. Drei Viertel der etwas mehr als 55 000 Einwohner des Pyrenäenstaates zwischen Frankreich und Spanien sind Ausländer. Wie Botschafter Roland Marxer auf Anfrage gegenüber dem VOLKSBLATT ausführte, sollen die Kontakte zwischen beiden Ländern weiterhin gepflegt werden. Ein Gegenbesuch der liechtensteinischen Regierung in Andorra ist vorläufig aber nicht geplant.

### Pensionskassen häuften 254 Milliarden an

Bern (AP) Die beruflichen Vorsorgeeinrichtungen haben ihr Vermögen zwischen 1987 und 1992 um die Hälfte auf 254 Mia. Franken erhöht. Wie das Bundesamt für Statistik (BFS) am Dienstag mitteilte, zahlten 1992 Versicherte und Arbeitgeber insgesamt 24,5 Mia. Franken Beiträge ein. Die Pensionskassen zahlten neun Milliarden an Renten aus. Gemäss der zweiten Vollerhebung seit 1987 des BFS hat sich die Zahl der Pensionskassen bis Ende 1992 um 1500 auf 13 700 reduziert. Die Einrichtungen der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge verzeichneten rund 3,4 Millionen Versicherte, was einer Zunahme um 4,3 % entspricht. Diese bezahlten zusammen mit den Arbeitgebern (65 %) insgesamt 24,5 Mia. Beiträge oder Zuwendungen; vor fünf Jahren waren es 15,887 Mia. gewesen. Weitere 4,7 Mia. Franken erhielten die Pensionskassen als Eintrittseinlagen bei Stellenwechsel und 13,4 Mia. Franken als Nettokapitalerträge.

### Einbruch bei Fremdenverkehrsbilanz

Einnahmen aus dem Tourismus erstmals seit 1986 rückläufig  
Bern (AP) Erstmals seit 1986 haben ausländische Touristen in der Schweiz 1993 wieder weniger Geld ausgegeben als im Jahr zuvor. Dagegen zahlten Schweizer eine Rekordsumme für Ferien im Ausland. Die Fremdenverkehrsbilanz erlitt einen massiven Einbruch, ist aber mit 2,2 Milliarden Franken Überschuss noch deutlich im Plus, wie das BFS am Dienstag mitteilte.  
Der Tourismus ist die dritt wichtigste Exportbranche der Schweiz. Zum zweiten Mal in Folge verschlechterte sich 1993 aber das Verhältnis zwischen Einnahmen aus dem Fremdenverkehr und Ausgaben von Schweizer Touristen im Ausland. Mit einem Minus von 16,4 Prozent musste bei der Fremdenverkehrsbilanz der grösste Rückschlag in den 90er Jahren hingenommen werden. Mit 2,2 Milliarden Franken blieb der Einnahmenüberschuss deutlich unter den Ergebnissen der Vorjahre. 1991 war noch ein Plus von über 2,8 Milliarden Franken verzeichnet worden. Gemäss ersten Schätzungen des Bundesamtes für Statistik (BFS) zahlten ausländische Touristen für Ferien in der Schweiz 12,8 Milliarden Franken. Das sind 210 Millionen oder 1,6 Prozent weniger als im Vorjahr. 1992 war mit 13,03 Milliarden Franken ein Höchststand registriert worden. Die volkswirtschaftlichen Gesamteinnahmen aus dem Tourismus werden vom BFS auf 21,5 Milliarden Franken beziffert.  
Rund 60 Prozent der Gesamteinnahmen oder 6,8 Milliarden (plus 1,3 Prozent) wurden im übernachtenden Tourismus erzielt. Den Hauptanteil der Einnahmen ergab sich mit 5,4 Milliarden Franken in den Hotel- und Kurbetrieben. Dieser Bereich verzeichnete ein Plus gegenüber 1992 von 1,2 Prozent. Gar um 2,4 Prozent auf 1,4 Milliarden Franken stiegen die Einnahmen in der Parahotellerie, worunter Ferienwohnungen, Zeltplätze, Jugendherbergen und Privatunterkünfte fallen.

**BANK**  
**LL**  
Jeden Mittwoch  
bis 18.00 Uhr  
geöffnet  
Wir sind für Sie da.  
Ihre Landesbank